

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Haushalts- und Finanzausschuss

Niederschrift

über die 33. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 14.05.2018 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher
Herr Hans-Jürgen Akuloff
Frau Gabriele Dehn
Frau Bettina Lugk
Herr Andreas Muschinsky
Herr Matthias Stefke
Herr Dirk Steinhausen
Herr Dr. Ralf von der Bank

Entschuldigt fehlten:

Ausschussvorsitzender

Herr Dirk Hohlfeld

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:46 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Vorstellung der Ziele und Kennzahlen für die Bereiche Kämmerei und

- Personal
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 1. Nachtragssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2018 5-3511/18-I
- 6.2 Erlass der Betriebskostenforderungen der Jahre 2016 und 2017 gegenüber dem Museumsverein Glashütte 5-3516/18-I
- 7 Anträge
- 7.1 Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming Änderung der Satzung über die Benutzung von Sporthallen des Landkreises Teltow-Fläming außerhalb des Schulbetriebes 5-3393/17-KT

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Informationsvorlagen
- 8.1 Betreuung ÜWH für Asylbewerber und Flüchtlinge, Waldauer Weg 11a in 14913 Jüterbog 5-3484/18-II

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Rocher begrüßt die Anwesenden recht herzlich zur 5. Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses.
Es wird nach vorliegender Tagesordnung verfahren.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Fragen gibt es nicht.

TOP 3

Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung gibt es nicht.

TOP 5

Vorstellung der Ziele und Kennzahlen für die Bereiche Kämmerei und Personal

Herr Ferdinand erläutert die Ziele und Kennzahlen im Bereich der Kämmerei anhand einer PowerPoint-Präsentation. Diese sollen in diesem Jahr besonders im Fokus stehen. Ziele und Kennzahlen bieten der Politik Anhaltspunkte zur Einschätzung des Haushalts. Auch möchte man Kennzahlen als Grundlage für die verwaltungsinternen Diskussionen verwenden.

Frau Lugk weist auf die Forderungen der KomHKV hin, nach welcher eine Zielerreichungsmessung mit Kennzahlen verbunden ist. Einen Ermessungsspielraum sieht sie da nur bedingt.

Dies ist bei den aufgestellten Kennzahlen nicht der Fall, da es sich im Kern eher um Fallzahlen handelt. Interessant wäre, wieviel Arbeitszeit bspw. im Bereich der Vollstreckung bei der Bearbeitung der Amtshilfeersuchen denn eigentlich in der entsprechenden Entgeltgruppe pro Vorgang benötigt wird. Darzustellen wäre also, was die Kennzahl für den Haushalt bedeutet und was das Ziel ist. Wieviel Geld pro Vorgang eingerechnet werden muss, was letztlich finanziert wird und welche Zieldefinition man im Sinne von Optimierungsmöglichkeiten hat.

Herr Ferdinand bestätigt, dass Kennzahlendiskussionen eigentlich beinhalten, dass Plan-Zahlen den Ist-Zahlen gegenübergestellt werden.

Die geforderte detaillierte Analyse wird im Haus aktuell nicht regelmäßig sondern nur anlässlich von Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt, wenn bspw. zusätzliche Stellen beantragt werden. Dass diese Herangehensweise im politischen Raum auch gewünscht wird, war bisher nicht klar.

Herr Muschinsky bemerkt, dass die Blickrichtung beim Kennzahlensystem die sein sollte, festzustellen, wo der Kreistag als Unterstützer hinzugezogen werden kann und wann er benötigt wird, um bspw. Interessen gegenüber dem Land zu vertreten.

Herr Ferdinand gibt zu bedenken, dass sich die Einrichtung eines überzeugenden und umfangreichen Kennzahlensystems in der Kreisverwaltung derzeit in der Aufbauphase befindet. Die gewünschte Herangehensweise wird aufgenommen, jedoch ist es aktuell noch nicht möglich, diese umzusetzen. Allein die Aufgabe, Geschäftsvorfälle über einen akzeptablen Zeitraum zu ermitteln und nachzuhalten, ist bei 155 Produkten alles andere als trivial.

Herr Stefke erkundigt sich, ob sich ggf. an Kennzahlensystemen anderer Landkreise orientiert werden kann. Hier könnte man beispielsweise anhand einer Synopse die Landkreise gegenüberstellen und für den Landkreis daraus ein eigenes Modell entwickeln.

Herr Steinhausen hält fest, dass die zu bildenden Kennzahlen auch immer Verhältniszahlen sind, um auch nachhaltig zu sein. Erst dann können anhand der Kennzahlen Ziele orientiert werden.

Frau Lugk weist darauf hin, dass zumindest die Kennzahlen für die wesentlichen Produkte zu bilden sind. Zu überlegen wäre, die Diskussion der Ziele und Kennzahlen erst nach der Sommerpause fortzuführen, um somit den Fachbereichen die Möglichkeit zu geben, Ziele und Kennzahlenbildung entsprechend anzupassen bzw. vorzubereiten.

Herr Muschinsky schlägt vor, für diese Aufgabe einen Controller einzusetzen, der sich ausschließlich damit beschäftigt Ziele und Kennzahlen zu entwickeln, fortzuführen und durchzusetzen. Zu betrachtende Kernprodukte wären das Jugend- und Sozialamt sowie der Personalbereich.

Herr Schwarzer stellt die Ziele und Kennzahlen des Personalbereiches anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Handlungsschwerpunkt des Amtes ist die Stellenbesetzung vakanter Stellen, da in den nächsten 10 Jahren knapp 30 Prozent der Beschäftigten in den Ruhestand gehen werden. Hierbei ist auch zunehmend der Wissenstransfer, gerade auch bei Führungs- und Singulardienstposten, ein Problem. Beim Land werden solche Fälle so gehandhabt, dass innerhalb von 3 bis 6 Monaten ein Überlappungszeitraum geschaffen wird, damit das

Fachwissen weitergegeben werden kann. Für 2019 ist dieses Verfahren auch im Landkreis geplant.

Herr Steinhausen bemerkt, dass die vermittelten Zahlen aus seiner Sicht ebenfalls keine Kennzahlen darstellen. Kennzahlen wären beispielsweise durchschnittliche Fehlzeiten der Mitarbeiter, Anzahl von Fortbildungstagen pro Mitarbeiter, usw.

Herr Stefke erkundigt sich, ob bei den Bewerbern, die zu einem Vorstellungsgespräch geladen werden, ggf. eine Optimierung bei der Vorauswahl möglich ist, sodass es weniger Gespräche gibt. Er erkundigt sich, ob nach den Gesprächen überwiegend Absagen von der Kreisverwaltung oder u. U. doch von den Bewerbern selbst erteilt werden. Er möchte wissen, wie sich die 63 Tage der Ausschreibungsdauer AT (von Ausschreibung bis PR-Beteiligung) zusammensetzen.

Frau Lugk ist der Meinung, dass hierbei externe Beratung hilfreich wäre und im nächsten Haushalt Berücksichtigung finden sollte.

Herr Muschinsky weist darauf hin, dass im öffentlichen Dienst für ein komplettes Besetzungsverfahren durchschnittlich 180 Tage üblich sind. In dieser Zeit muss u. a. eine Stellenbewertung erarbeitet werden, es gibt üblicherweise eine Mindestausschreibungsfrist von vier Wochen und es sind alle einzuladen, dies das Aufgabenprofil erfüllen - hier eine rechtlich sichere Vorauswahl zu treffen ist kaum möglich.

Er bemerkt, dass es auch eigentlich - zumindest in den ihm bekannten Institutionen - unüblich ist, dass Personalsachbearbeiter an den Vorstellungsgesprächen teilnehmen. Dies ist personell einfach nicht zu bewerkstelligen.

Die von Herrn Stefke aufgeworfenen Fragen obliegen seiner Ansicht nach der Organisationshoheit der Landrätin.

Sofern externe Beratung in Betracht gezogen wird, sollte ein klar definierter Auftrag vorgelegt werden. Allerdings wird es schwierig sein, jemanden zu finden, der die Abläufe in einer Kreisverwaltung auch kennt und den Landkreis individuell beraten kann.

Die PowerPoint-Präsentationen der Kämmerei und des Personalbereiches sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 6 **Beschlussvorlagen**

TOP 6.1

1. Nachtragssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2018 (5-3511/18-I)

Herr Ferdinand erläutert, dass das Land Brandenburg für seinen Doppelhaushalt 2017/2018 einen Nachtrag aufgestellt hat. Nicht zuletzt aus diesem Grund kamen die überarbeiteten Schlüsselzuweisungen für die Haushaltsverabschiedung 2018 des Landkreises auch zu spät und die Aufstellung einer Nachtragssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2018 wurde notwendig.

Herr Stefke bemerkt, dass die Reduzierung der Kreisumlage mit der Nachtragssatzung 2018 dem gefassten Kreistagsbeschluss entspricht. Jedoch wäre hier eine weitere Senkung der Kreisumlage machbar gewesen.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass die Kreisverwaltung im Rahmen der haushaltsmäßigen Klarheit und Wahrheit alle Sachverhalte mit einer Nachtragssatzung aufzurufen hat, die sich gegenüber der Haushaltsplanung 2018 im Ertrags- bzw. Aufwandsbereich geändert haben.

Der Informationspflicht wurde genüge getan, da die Kreistagsabgeordneten unmittelbar nach Eingang der Erträge der Kita-Bedarfsplanung über die nicht eingehenden Mittel vom Land in Kenntnis gesetzt wurden. Auch ist darauf hinzuweisen, dass die Verwaltung auf die Hilfen zur Erziehung ein Konsolidierungsbeitrag von 1 Million Euro gelegt hat, obwohl sich hier bei Eingabe der Plandaten bereits eine Unterdeckung abzeichnete.

Frau Gurske ergänzt, dass bei Erläuterung des Haushaltes 2018 im Jugendhilfeausschuss am 22. November 2017 bereits auf zwei Risikofaktoren aufmerksam gemacht wurde. Diese waren die finanzielle Unsicherheit hinsichtlich der Auswirkungen der Gesetzesänderung für die Erstattung einer Leitungsfreistellung bei Kitaerzieherinnen und die fehlende Sicherheit beim Landeszuschuss für den Bereich Kindertagesstätten. Die in Vorjahren erfolgte Steigerung von 10 - 15 Prozent ist ausgeblieben und liegt aktuell bei weit unter 10 Prozent. In der Haushaltsplanung wurde eine Steigerung von 13 Prozent angesetzt, sodass nun ein Delta von 1,9 Mio. Euro besteht. Die Gründe sind im Vorhinein schwer zu ermitteln, da sich der Landeszuschuss mittlerweile aus sechs Einzelbestandteilen zusammensetzt, wobei jeder Einzelbestandteil unterschiedliche Bezugsgrößen hat. So ist es auch schwer dagegen zu klagen.

Herr Dr. von der Bank bedauert, dass auch im Nachtragshaushalt weiterhin die Beiträge für die Schulsozialarbeiter fehlen.

Herr Steinhausen bemerkt, dass es Ziel des Landkreises sein sollte, in 5 Jahren annähernd einen Kreisumlagehebesatz wie der Landkreis Dahme-Spreewald zu erreichen, der bei 39,5 % liegt. Er bittet darum, die Stellungnahme der Verwaltung zu den Einwendungen der Stadt Zossen gegen die Nachtragssatzung möglichst bis zum Kreisausschuss am 28.5.2018 zu erhalten.

Weiter bittet er bis zur nächsten Ausschusssitzung um eine summenmäßige Aufstellung der freiwilligen Leistungen die der Landkreis erbringt.

Herr Stefke teilt mit, dass innerhalb seiner Fraktion die Meinung vertreten wird, dass das Verhältnis von Senkung über den Nachtragshaushalt zum gesamt zur Verfügung stehenden Betrag nicht zu vertreten ist. Seiner Meinung nach müsste auch gegenüber dem Land deutlicher gemacht werden, dass die verminderte Kitafinanzierung als auch die fehlende Leerstandsabmilderung für Flüchtlingsunterkünfte so nicht akzeptabel ist.

Frau Gurske teilt mit, dass Anfang April 2018 die Ministerin zu einer öffentlichen Diskussion zu den Themen fehlende Kita-Plätze und Kita-Beitragsfreiheit im Landkreis war. Nicht nur die Wohlfahrtsverbände, sondern auch der Landkreis, hat dort sehr deutlich gemacht, dass die Kita-Finanzierung dringend einer Überarbeitung bedarf. Das Land sieht sich hier lediglich als Zuschussgeber und vertritt die Position, dass die Verantwortung bei den Landkreisen liegt. Die Diskussion, ob Kita nicht auch als Bildungsauftrag zu sehen ist, geht sicherlich auch über das Land hinaus und muss Richtung Bund gerichtet werden.

Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Abstimmung zur Vorlage erfolgt in der Ausschusssitzung am 18.6.2018.

TOP 6.2

Erlass der Betriebskostenforderungen der Jahre 2016 und 2017 gegenüber dem Museumsverein Glashütte (5-3516/18-I)

Herr Stefke erkundigt sich, was sich der Museumsverein einfallen lassen will, um nicht in Regelmäßigkeit an den Landkreis herantreten zu müssen. Er fragt, ob sich der Verein zum Beispiel schon einmal um einen Sponsor bemüht hat.

Herr Dornquast informiert, dass mehrfach jährlich dieses Thema in den entsprechenden Fachbereichen diskutiert wird. Auch beim Besuch von Vertretern des Kulturministeriums im Landkreis wurde die Gelegenheit ergriffen und die Problematik Glashütte angesprochen. Mit dem Kreistagsbeschluss aus dem Jahr 2007, dass der Landkreis das Museumsdorf Glashütte mit all seinen Liegenschaften und dem Museumsverein übernimmt, war bereits klar, dass sich ein Museum nicht ohne öffentliche Zuschüsse trägt. Hinzu kommt, dass es sich um ein Flächendenkmal mit vielen Einzeldenkmälern handelt, was nochmals eine besondere Herausforderung in Hinblick auf bspw. Werbung bedeutet. Das Museumsdorf ist gerade auch bei Veranstaltungen extrem abhängig von Witterungsverhältnissen, was sich auf die Besucherzahlen und Einnahmen niederschlägt. In der Verwaltung wurde auch sehr intensiv darüber beraten, ob die Bezahlung der dort tätigen Mitarbeiter/innen, die sich knapp über der Mindestlohngrenze bewegt, vom Kreis als Eigentümer des Museumsdorfes so zu vertreten ist. Wenn die Entscheidung getroffen wird, sich das Museumsdorf mit seinem kulturhistorischen und kulturwirtschaftlichen Background und als kulturtouristisches Zentrum nicht mehr leisten zu können, muss der Museumsverein seine Arbeit einstellen. Denn dahinter stehen Privatpersonen, die als Vorstand haften. Nur wenn der Landkreis seine Förderung erhöht, besteht diese Möglichkeit auch für die Landesförderung. Die Verwaltung wurde vom Land auf das Förderprogramm kultureller Anker verwiesen, wo man mit der Frage Marketing und Konzeption einsteigen möchte.

Herr Dr. v. Dr. Bank möchte wissen, wie die Investitionshöhe des Landkreises in das Museumsdorf Glashütte war, wie hoch der Wert der Anlagen des Museumsdorfes heute ist, wie hoch der Umsatz dort heute ist und wie hoch die Besucherzahlen sind.

Herr Dornquast führt aus, dass die Ermittlung der Besucherzahlen schwierig ist. Einige Besucher schlendern nur durch das Museumsdorf und gehen nicht in das Museum hinein, sodass sie statistisch gar nicht erfasst werden. Hinzu kommt, dass es eine Reihe von Liegenschaften gibt, die an Kleinstgewerbetreibende oder Bewohner vermietet sind und mit dem Museumsbetrieb nichts zu tun haben. Auch sind einige Gebäude in einem schlechten Zustand und es ist eine große Herausforderung diese zu erhalten. Eine Vorlage hinsichtlich des grundsätzlichen Umgangs mit den Betriebskosten von Glashütte ist in Vorbereitung. Die Beantwortung der Fragen von Herrn Dr. von der Bank wird nachgereicht.

Herr Muschinsky erkundigt sich nach der Stiftung Museumsdorf Glashütte.

Frau Wehlan teilt mit, dass die Stiftung noch existiert. In der Haushaltsdiskussion soll der grundsätzliche Umgang mit dem Thema Museumsdorf Glashütte aufgerufen werden.

Herr Steinhausen bemängelt die Qualität der Vorlage, da Fragen zu Vermögenswerten und zur weiteren Entwicklung nicht beantwortet sind. Er bittet um die Vorbereitung von mehreren Szenarien durch die Verwaltung, inklusive des schlimmsten Falls, der Abwicklung des Museumsdorfes.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass diese Vorlage aufgrund einer Dienstanweisung zum Umgang mit offenen Forderungen zu erarbeiten war. Sie verweist auf die Ausführungen von Herrn Dornquast und die Nachreichung entsprechender Informationen. Die Diskussionen in den zuständigen Fachausschüssen sind nicht auf eine Abwicklung ausgerichtet und diese bildet wohl im politischen Raum aktuell keine Mehrheit ab. Wenn dies nun politischer Auftrag sein soll, so ist dieser über die Fraktion an den Kreistag heranzutragen.

Die Vorlage 5-3516/18-I wird bei 5 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen dem Kreisausschuss zur Annahme empfohlen.

TOP 7 **Anträge**

TOP 7.1

Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming Änderung der Satzung über die Benutzung von Sporthallen des Landkreises Teltow- Fläming außerhalb des Schulbetriebes (5-3393/17-KT)

Herr Akuloff stellt fest, dass dies im Grunde eine Erhöhung der freiwilligen Aufgaben des Kreises wäre und man mit diesem Beschluss der Phase der Vorbereitung der Haushaltsdiskussion vorgreifen würde. Er bittet die Diskussion der noch offenen Fragen in die Ausschüsse zu geben, den Antrag dann in die Haushaltsdiskussion 2019 einzubeziehen und die Beschlussfassung somit nicht am 25.6.2018 zu tätigen.

Herr Dr. von der Bank bittet darum, den tatsächlichen Bedarf der Vereine bezüglich der Nutzung von Sporthallen zu ermitteln.

Herr Steinhausen hält es für sinnvoll, im Kontext die Aufstellung der freiwilligen Leistungen zu betrachten.

Herr Dornquast erläutert, dass bereits 2010 in der integrierten Sportentwicklungsplanung festgestellt wurde, dass es eine Unterdeckung des Bedarfes an überdachten Sportstätten im Norden des Landkreises gibt. Sportförderung ist nach einem vorliegenden Gerichtsurteil primär Sache der Kommunen. Insgesamt ist der Auslastungs- und damit der Belastungsgrad der Immobilie Sportstätte immens hoch ist. Ggf. könnte die Gebührensteuerung noch überarbeitet werden, sodass die Vereine an den Wochenenden dann auch den vollen Betriebskostensatz zahlen müssen.

Der Antrag wird zurückgestellt, in den Fachausschüssen diskutiert und dann nochmals im HFA aufgerufen.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, d. 20.6.2018

i. V.

Hohlfeld
Der Vorsitzende

Kozák
Protokollantin

Anlagen

- PP-Präsentation Ziele und Kennzahlen der Kämmerei/ Haushalt 2019
- PP-Präsentation Ziele und Kennzahlen des Amtes für zentrale Steuerung, Organisation und Personal sowie Ausblick auf die Stellenplanung für das Haushaltsjahr 2019
- PP-Präsentation Nachtragssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2018